

Wer hilft den Helfern? Die Zivilgesellschaft in der Corona-Krise

Edgar Grande und Swen Hutter

Katastrophen und Krisen führen zu Notlagen und bringen neue Formen der Hilfsbedürftigkeit hervor. In solchen Notsituationen ist nicht nur der Staat gefordert, darin zeigen sich immer auch die spontane Hilfsbereitschaft und die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger. Diese Solidarität lässt sich nicht politisch anordnen, sie beruht auf dem sozialen Kapital einer Gesellschaft, den Beziehungsnetzwerken, in die die Menschen eingebunden sind, und dem Vertrauen, das sie ihren Mitbürger*innen und den öffentlichen Institutionen entgegenbringen. Wie bei früheren Krisen spielt auch in der gegenwärtigen Corona-Krise die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle: Sie vernetzt die Bürger*innen, sie stärkt solidarisches Verhalten, sie unterstützt Hilfsbedürftige bei der Bewältigung von Notlagen, sie artikuliert aber auch Kritik und macht auf Missstände aufmerksam.

In den letzten großen Krisen in Europa – der Eurokrise und der Flüchtlingskrise – zeigten sich die große Bedeutung des sozialen Kapitals und die Stärke der Zivilgesellschaft besonders deutlich. Engagement und solidarisches Handeln nahmen damals ebenso zu wie verschiedene Formen des politischen Protests. Der Herbst 2015 gilt zu Recht als „Sternstunde“ der Zivilgesellschaft in Deutschland. Seinerzeit engagierten sich Millionen von Bürger*innen, viele von ihnen zum ersten Mal, unzählige Helfer*innen-Initiativen für Geflüchtete wurden gegründet, und auch etablierte Vereine und Wohlfahrtsorganisationen engagierten sich. Gleichzeitig kam es zu einer Spirale der Mobilisierung und Gegenmobilisierung auf den Straßen und Plätzen, mit neuen Bündnissen wie „Unteilbar“ und „Pulse of Europe“ auf der einen und fremdenfeindlichen Initiativen wie Pegida auf der anderen Seite. Die Finanz- und Eurokrise führte in den besonders stark betroffenen Ländern Südeuropas zu vergleichbaren politischen Dynamiken. Auch dort kam es zu einer starken Solidaritätswelle von unten. Beispiele dafür sind das Erstarken der Kooperativen in Italien sowie von lokalen Handelsnetzwerken, sozialen Medizinzentren und Apotheken in Griechenland. Wiederum kam es aber nicht nur zur Aktivierung, sondern auch zur Politisierung der Zivilgesellschaft. In Südeuropa demonstrierten Hunderttausende, vor allem Junge und prekär Beschäftigte, für ein Ende der Austeritätspolitik und eine Erneuerung der Demokratie.

Können wir also erwarten, dass auch die Corona-Krise zu einem Aktivierungsschub in der Zivilgesellschaft führt? Und wie wirkt sich diese Aktivierung auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus? Wird er gestärkt, oder erzeugt die Krise neue soziale und politische Spaltungen? Auf den ersten Blick gleicht die aktuelle Situation früheren Krisen: Auch die Corona-Pandemie verstärkt soziale Ungleichheiten. Weder die gesundheitlichen Risiken noch die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind gleich zwischen den Menschen verteilt. Dadurch wurde nicht nur der Wohlfahrtsstaat herausgefordert. Wie in der Flüchtlingskrise sehen wir mannigfaltige Formen des solidarischen Engagements und der spontanen gegenseitigen Hilfe. Ein Beispiel für viele ist der Verein Münchner Freiwillige, der zu Beginn der Corona-Pandemie eine Hotline zur Spontanhilfe eingerichtet hatte, um ältere Menschen und all jene, die zu einer Risikogruppe gehören, zu unterstützen. Freiwillige Helfer*innen konnten sich online melden. Die Resonanz auf dieses Angebot war überwältigend. In wenigen Tagen registrierten sich nahezu 1.000 Menschen, die spontan jemanden unterstützen wollten. Das Beispiel zeigt auch, wie wichtig in Krisensituationen bereits bestehendes soziales Kapital ist. Denn hervorgegangen ist der Verein aus der Flüchtlingshilfe am Münchener Hauptbahnhof im Herbst 2015. Die neue Initiative nutzte nicht nur die Erfahrungen,

Summary: The consequences of the corona pandemic on civil society have been ambiguous. On the one hand, citizens have been activated and new forms of spontaneous support and solidarity have arisen; on the other hand, the shutdown has significantly restricted possibilities for civic engagement. To avoid permanent weakening of engagement, civil society needs targeted government support.

Kurz gefasst: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Zivilgesellschaft sind ambivalent. Einerseits wurden die Bürgerinnen und Bürger aktiviert, und neue Formen der spontanen Unterstützung und Solidarität sind entstanden; andererseits wurden die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements durch den Shutdown erheblich eingeschränkt. Um eine dauerhafte Schwächung des Engagements zu vermeiden, braucht die Zivilgesellschaft gezielte staatliche Unterstützung.



Edgar Grande ist Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. Seine Forschungsthemen umfassen vor allem die Zivilgesellschaft, politische Konflikte und soziale Bewegungen. (Foto: David Ausserhofer)

edgar.grande@wzb.eu

die seinerzeit gemacht wurden, sie reaktivierte auch die damals aufgebaute zivilgesellschaftliche Infrastruktur.

Ein genauer Blick auf die derzeitige Situation in Deutschland und in Studien zu den Auswirkungen von Naturkatastrophen auf das soziale Kapital einer Gesellschaft zeigt allerdings nicht nur die Stärke der Zivilgesellschaft in der Corona-Krise, sondern auch ihre Grenzen. Denn aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ist nicht nur die Wirtschaft zum Stillstand gekommen, sondern auch weite Teile der Zivilgesellschaft. Exemplarisch zeigt sich dies an den Tafeln, lokalen Hilfsorganisationen zur Verteilung von Lebensmitteln an Bedürftige. Trotz steigender Nachfrage war im April 2020 fast die Hälfte der Tafeln bundesweit geschlossen. Der Vorsitzende des Dachverbands Tafel Deutschland e. V., Jochen Brühl, äußerte die Sorge, dass sich dies auch langfristig auf das freiwillige Engagement in den Tafeln auswirkt. Er befürchtet, dass viele Ehrenamtliche nach der Pandemie ihre Tätigkeit nicht wieder aufnehmen werden, weil ein großer Teil aufgrund seines Alters zur Risikogruppe zählt. Ein weiteres Beispiel sind die freiwilligen Hilfsangebote für Geflüchtete. Die ehrenamtlichen Helfer*innen, die seit Jahren eine wichtige Säule der Betreuung in Flüchtlingsunterkünften bilden, dürfen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die Unterkünfte nicht mehr betreten. Nach Angaben des Asylbeauftragten der Erzdiözese München, Rainer Boeck, wurde in diesem Bereich das ehrenamtliche Engagement zunächst „fast bis auf null heruntergefahren“. Hilfsangebote und Unterstützungsleistungen für Geflüchtete konnten nur noch online erbracht werden – sofern diese über die erforderliche technische Ausstattung verfügten.

Die Beschränkungen des öffentlichen Lebens, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie eingeführt wurden, haben daher drastisch vor Augen geführt, dass der Zugang zum öffentlichen Raum und die Möglichkeit des gemeinsamen Handelns vor Ort für das bürgerschaftliche Engagement unverzichtbar sind. Die Corona-Krise hat die Bürgerinnen und Bürger nicht nur aktiviert, sie hat die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements auch erheblich eingeschränkt – und es ist zu befürchten, dass einige dieser Beschränkungen noch längere Zeit weiter bestehen werden.

Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina kam in ihrer Stellungnahme vom 13. April 2020 zum Ergebnis: „Die aktuellen Maßnahmen zur Verlangsamung der Ansteckungen führen [...] zu einer empfindlichen Schwächung der Zivilgesellschaft. [...] Die Aktivitäten der Vereine – von den Sport- und Kulturvereinen über Freundes- und Fördervereine bis zu den Basisorganisationen des politischen und kirchlichen Lebens – sind größtenteils eingestellt. Große Bereiche der organisierten Zivilgesellschaft existieren aktuell lediglich in digital geknüpften Netzwerken in geschrumpfter Form.“ Aber solche digitalen Angebote und Aktivitäten sind offensichtlich nur Notbehelfe, und es ist sehr fraglich, ob sie über längere Zeit hinweg ein hinreichender Ersatz für gemeinsame Aktivitäten sein können. Vor diesem Hintergrund schlägt die Leopoldina vor, den öffentlichen Raum schrittweise für zivilgesellschaftliches Engagement wieder zu öffnen – „sobald irgend möglich“.

Aber wird das ausreichen? Wird sich die Zivilgesellschaft von diesem Shutdown so ohne Weiteres wieder erholen? Die Ergebnisse der vorliegenden empirischen Studien zu den Auswirkungen von Naturkatastrophen (Erdbeben und Flutkatastrophen) auf das soziale Kapital einer Gesellschaft können bei der Beantwortung dieser Fragen helfen. Am Beispiel der gesellschaftlichen Folgen von Hurricane Katrina, der im Jahr 2004 im Süden der USA große Schäden verursachte, wurde das unter anderem von Lili Wang und Nazife Emel Ganapati erforscht. Drei Befunde dieser empirischen Untersuchung sind mit Blick auf die aktuelle Situation der Zivilgesellschaft in der Corona-Krise besonders aufschlussreich. Erstens: Katastrophen schwächen kurzfristig das soziale Kapital einer Gesellschaft. Sie zerstören soziale Beziehungsnetzwerke, sie behindern die Aktivitäten von Vereinen, Projekten und Initiativen; und sie schwächen die freiwilligen Zusammenschlüsse der Bürgerinnen und Bürger finanziell und personell. Zweitens: Nach einer Katastrophe wächst das soziale Kapital wieder – aber es wächst langsamer als zuvor, sodass die Gefahr besteht, dass es dauerhaft geschwächt wird. Wie kann das verhindert werden? Hier ist nun der dritte Befund der Studie interes-

sant. Die Autorinnen haben nicht nur die Entwicklung des sozialen Kapitals vor und nach der Katastrophe untersucht, sie haben auch betroffene Regionen in mehreren US-Bundesstaaten miteinander verglichen. Der Vergleich zeigt, dass staatliche Unterstützung nach der Katastrophe für die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielt. Das soziale Kapital erholte sich dort besonders schnell, wo die Zivilgesellschaft gezielt vom Staat durch Hilfsprogramme unterstützt wurde.

Auch wenn sich diese Forschungsergebnisse nicht ohne Weiteres auf die aktuelle Situation in Deutschland übertragen lassen, so legen sie doch den Schluss nahe, dass wir nicht nur Rettungsprogramme für die Wirtschaft benötigen, sondern dringend auch koordinierte Programme des Bundes und der Länder zur gezielten Unterstützung der Zivilgesellschaft. Die ersten Rettungspakete und Hilfsprogramme von Bund und Ländern waren nicht unmittelbar an Non-Profit-Organisationen und zivilgesellschaftliche Strukturen gerichtet; sie machen gezielte Programme zur Unterstützung der Zivilgesellschaft nicht überflüssig. Solche Programme sollten allerdings der Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements in all ihren Formen, in Vereinen, Initiativen und zivilgesellschaftlichen Projekten, gerecht werden. Denn die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Deutschland war in den vergangenen Jahren nicht nur durch die Zunahme des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements gekennzeichnet, sie war auch geprägt von einem Wandel seiner Organisationsformen. Feste, dauerhafte Bindungen an Vereine und Verbände haben an Bedeutung verloren, während sich eine Vielfalt neuer und flexiblerer Formen des Engagements entwickelt hat. Die Helfer*innen-Initiativen, die im Zuge der Flüchtlingskrise entstanden sind, stehen beispielhaft dafür.

In der Corona-Krise hat sich einmal mehr gezeigt: Der Staat braucht die Zivilgesellschaft, und die Zivilgesellschaft braucht den Staat. So wichtig ihre Eigenständigkeit ist: Vom Umfang und der Wirksamkeit der staatlichen Unterstützung für die Zivilgesellschaft wird ganz entscheidend abhängen, wie das neue Gesicht unserer Gesellschaft nach der Corona-Krise aussehen wird.

Literatur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Engagement in der Flüchtlingshilfe: Ergebnisbericht einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach*. Berlin 2018.

Della Porta, Donatella (Hg.): *Solidarity Mobilizations in the Refugee Crisis*. London: Palgrave 2018.

Hoben, Anna: „Helfen hilft“. In: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 66, 19.03.2020, R1.

Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter (Hg.): *European Party Politics in Times of Crisis*. Cambridge: Cambridge University Press 2019.

Kastner, Bernd: „Wir wollen weiter beistehen“. In: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 69, 23.03.2020, R3.

Schiffauer, Werner/Eilert, Anne/Rudloff, Marlene (Hg.): *So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch: 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten*. Bielefeld: transcript Verlag 2017.

Wang, Lili/Ganapati, Nazife Emel: „Disasters and Social Capital: Exploring the Impact of Hurricane Katrina on Gulf Coast Counties“. In: *Social Science Quarterly*, Jg. 99, S. 296–312.



Swen Hutter ist stellvertretender Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB und Lichtenberg-Professor für politische Soziologie an der Freien Universität Berlin. [Foto: David Ausserhofer]

swen.hutter@wzb.eu